

# Das juristische Erbe des Maoismus

Mit welchen Strategien hat sich die Kommunistische Partei Chinas seit dem Ende des Maoismus mit dem Erbe und der katastrophalen Bilanz dieser Jahre auseinandergesetzt?

VON DANIEL LEESE

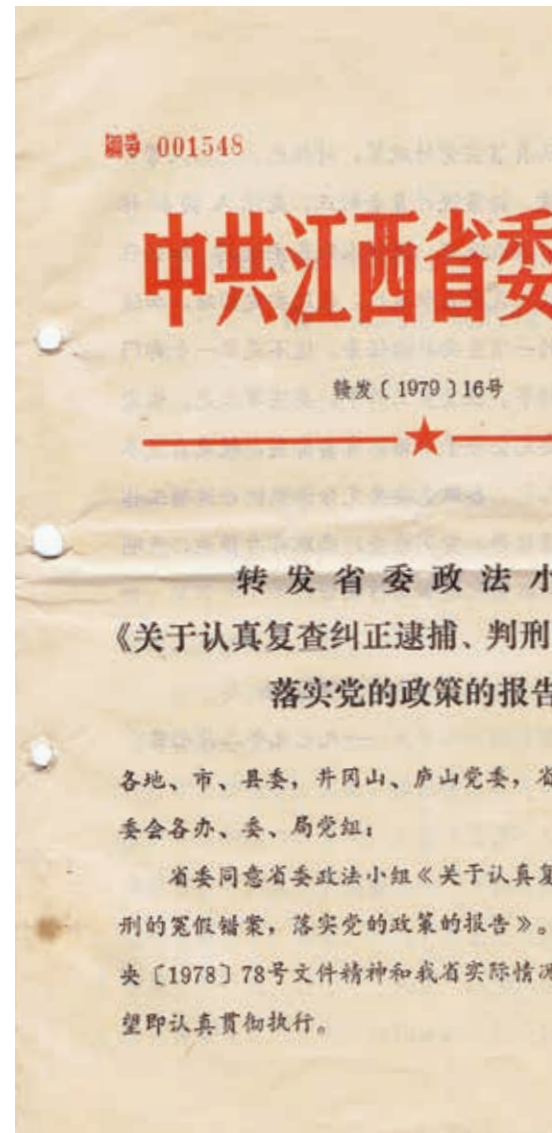
**Anweisung der Parteiführung der Provinz Jiangxi, alte Strafverfahren zu überprüfen, aus dem Jahr 1979.**

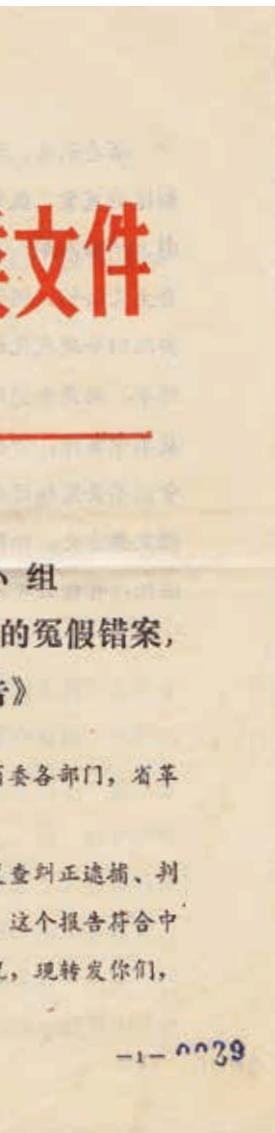
AM 8. MÄRZ 2013 FAND in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften im Rahmen des Jungen Kollegs ein Workshop über „Justice and Accountability in Maoist China and After“ statt. Gemeinsam mit internationalen Experten und Publikum aus der Akademie und den Münchner Universitäten wurde diskutiert, auf welche Weise die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) sich mit dem Erbe des Maoismus auseinandergesetzt hat. Zu Anfang verwies Kollegiat Daniel Leese als Leiter des Workshops auf die Aktualität des Themas. So hatte im Vorjahr der ehemalige Ministerpräsident Wen Jiabao im Rahmen der Korruptions- und Mordaffäre um den einstigen Hoffnungsträger der Partei Bo Xilai vor einer Wiederkehr kulturevolutionärer Zustände gewarnt, wenn in China nicht tiefgreifende politische Reformen durchführt würden. Überdies war nur wenige Tage vor dem Workshop bekannt geworden, dass sich zum ersten Mal seit den 1980er Jahren ein Mann für einen in der Frühphase der Kulturrevolution begangenen Mord gerichtlich verantworten musste. Die Teilnehmer waren sich jedoch einig darin, dass dieses Ereignis eher als Zufall denn als konsequente Neubewertung der maoistischen Gewaltherrschaft zu bewerten sei.

## Spitzel der chinesischen Staatssicherheit

Im ersten Referat verwies Michael Schoenhals von der Universität Lund auf eine soziale Gruppe, die bislang weder im öffentlichen Diskurs noch in der Forschung hinreichende Beachtung erfahren hat: die „inoffiziellen Mitarbeiter“ der chinesischen Staatssicherheit. Es ist weitgehend unbekannt, in welchem Ausmaß die städtische Gesellschaft Chinas von staatlichen Spitzeln

durchdrungen war und ist. Die einzigen der Forschung zugänglichen Zahlen verweisen auf die Existenz von rund 10.000 Informanten alleine im Bereich des staatlichen Eisenbahnwesens Mitte der 1950er Jahre. Michael Schoenhals zeigte auf, dass es aufgrund der Herrschaftskontinuität der KPCh und des Fortbestands des Spitzelwesens, anders als etwa im Falle der DDR, zu keiner Neubewertung der Rolle der inoffiziellen Mitarbeiter kam. Von der Staatssicherheit beschaffte Informationen galten überdies offiziell vor Gericht als nicht verwertbar und fanden daher keinen Eingang in die Revisionsakten. Am Beispiel der inoffiziellen Mitarbeiter wurde die begrenzte





Anwendbarkeit des Modells der „Übergangsjustiz“ in einem auch weiterhin autoritär regierten Staat offenkundig.

### Rehabilitationsbemühungen der 1970er Jahre

Im zweiten, in chinesischer Sprache gehaltenen Beitrag von Wang Haiguang von der Parteschule in Peking zeigte sich paradigmatisch, wie komplex sich der Umgang mit dem Erbe des Maoismus in China gestaltet. Die Parteschule unter Vorsitz des späteren KPCh-Generalsekretärs Hu Yaobang war treibende Kraft der Rehabilitationsbemühungen in den späten 1970er Jahren. Hu selbst fiel jedoch 1987 in Ungnade und wurde gestürzt. Sein Tod im Jahr 1989 war ein wesentlicher Auslöser der Studentenproteste.

Der von der politischen Leitung der Parteschule kontrollierte Inhalt des Vortrags bot im Wesentlichen eine hagiographische Darstellung der Politik Hu Yaobangs, der im Jahr 2005 weitgehend rehabilitiert worden war. In der Diskussion zeigte sich jedoch, dass

Wang Haiguang weitaus mehr über die Vorgänge zu berichten wusste, als es die offizielle Präsentation gestattete. Seine Teilnahme an dem Workshop war daher ein besonderer Gewinn. Ein großer Dank gilt auch Anna Stecher vom Institut für Sinologie der Universität München, die für Herrn Wang die nicht-chinesischen Beiträge simultan dolmetschte.

### Künstlerische Kritik im Film

Den dritten Vortrag hielt Agnes Schick-Chen von der Universität Wien, sie beschäftigte sich mit dem Thema der filmischen Repräsentation der Revision von Unrechtsurteilen. Frau Schick-Chen demonstrierte anhand des Films „Die Legende vom Tianyun-Berg“ (1980), dass innerhalb eines äußerst begrenzten Zeitfensters in den Jahren 1979 bis 1980 künstlerische Kritik an der vormali-

gen Parteipolitik möglich war. Der zeitgenössisch in China überaus populäre Film thematisiert die Geschichte eines im Jahr 1957 als Rechtsabweichler stigmatisierten Parteikaders, der erst zu Beginn der Reformära gegen andauernde Widerstände rehabilitiert wurde. Der Film verzichtet auf einfache Schuldzuweisungen und zeigt vielmehr die vielfältigen Verstrickungen der Akteure in die maoistischen Massenkampagnen. Mit Verabschiedung der Resolution zur Partei-geschichte im Jahr 1981 wurden individuelle Deutungen der Vergangenheit durch eine neue Orthodoxie ersetzt, die eine kritische Aufarbeitung der Vergangenheit bis heute einschränkt.

### Schauprozess gegen die „Viererbande“

Im letzten Vortrag widmete sich Alexander Cook von der Universität Berkeley dem Prozess gegen die Mitglieder der so genannten „Viererbande“, der im Winter 1980/81 in Peking stattfand. Der Prozess wird in der Literatur zumeist als Schauveranstaltung abgetan und hat bislang noch keine eingehende wissenschaftliche Untersuchung erfahren. Alexander Cook stellte die Tatsache, dass es sich um einen politischen Prozess mit im Vorhinein absehbarem Ausgang handelte, nicht in Zweifel. Er belegte jedoch eindrücklich, dass es sich um einen „Schauprozess“ im wahrsten Sinne des Wortes handelte. Durch die bewusste Inszenierung des Rechts als Instanz historischer Aufarbeitung sollte der Sondergerichtshof den Bruch mit der vorherigen Willkürherrschaft demonstrieren und die Bedeutung des „sozialistischen Rechtsstaats“ für die Reformpolitik Deng Xiaopings verdeutlichen.

### Bedeutung von Zeitzeugeninterviews

In den Diskussionen waren sich die Teilnehmer einig, dass sich die historische Erforschung des post-maoistischen Transformationsprozesses weder durch die Doktrinen der Parteigeschichtsschreibung noch durch die zumeist als reine Opfernarrative konzipierten Beiträge chinesischer Intellektueller leiten lassen sollte, welche auf dem westlichen Buchmarkt dominieren. Vielmehr favorisierten sie eine sowohl auf zeitgenössisches Archivmaterial wie auf Zeitzeugeninterviews gestützte Vorgehensweise, wobei insbesondere letzter Aspekt aufgrund der zunehmend großen zeitlichen Distanz eine gewisse Dringlichkeit besitzt.

### DER AUTOR

**Prof. Dr. Daniel Leese** ist Juniorprofessor an der Universität Freiburg und habilitiert sich am Institut für Sinologie der Ludwig-Maximilians-Universität München. Er ist seit 2011 Mitglied des Jungen Kollegs der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und forscht dort zum Thema „Zwischen Revolution und Reform: Übergangsjustiz und Herrschaftslegitimation in der VR China“. Das Vorhaben wird zudem vom Europäischen Forschungsrat mit einem ERC Starting Grant gefördert.